

Berliner Börse-Beitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig.

74. Jahrgang.

Sonnabend, 3. November 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Preis des Wirtschafters. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten für Manuskripte keine Detaxierung. Flugpost und Luftverkehr. Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Böder-Berlage sowie „Kunst Welt Wissen“ mit Roman. Unerwartet keine Manuskripte senden

Anzeigenpreise: Die 12spaltige Zeile 1,20 Rmk., Stellungslinende 0,50 Rmk., Reklametexte 5.— Rmk., Besondere: Monatsblatt 5,00 Rmk., Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungspedizeure, unterm Geschäftsstelle und alle Postämtern des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbesug: Durch Streifen oder Polsterbelegung, Postüberstellungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 francs, Belgien 42 Belgien, Schweden 40 schwedische Kronen, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Spanien 30 spanische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar, Österreich 30 Schilling, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark

Telegraphische Adressen: „Börseheute“ Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37. **Verantwortlich:** für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2489

Die Krise der Deutschnationalen.

Von einer prominenten Persönlichkeit, die von überparteilicher Seite die Sorgen im heutigen Parlamentarismus und besonders im Lager der Rechten beobachtet und bewertet, werden uns die nachstehenden Ausführungen zur Verfügung gestellt. D. N. D.

Von Enttäuschung und Defizit bis zur ungesicherten Sachensünde ist der Ton geblieben, mit dem man außerhalb der unmittelbaren Gefolgschaft Hugenberg die Deutschnationalen aufgenommen hat. Eine Lösung der Krise konnte von der Führung allein nicht erwartet werden. Die Krisis lag weniger in der Person des Führers, als im System der Führung begründet.

Als der Mißerfolg bei den Wahlen im Deutschnationalen Lager die Auseinandersetzung über das Parteiprogramm auslöste, hat sich die Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik der Partei auch in einer scharfen Kritik an der Parteileitung geltend gemacht. Ihre ist die Qualität der Fraktion innerhalb der Koalition vermindert worden, die zur Aufgabe konservativer Grundzüge geführt habe. Diese Gründe für die Kritik scheinen etwas nachlässig behandelt zu sein. Der Antrag hat vielmehr in der Literatur der Zeitung im Hinblick der Forderungen und Erwartungen der breiten Wählerkreise mit den Erfordernissen parlamentarischer Arbeit geklungen. Die Partei, die mit der Parole „Mehr Recht dem Reichspräsidenten“ in den Wahlkampf zog, hatte im eigenen Lager verneint, dem Parteiführer mehr Macht zu geben. Den Kurs der Partei haben in entscheidenden Stunden Reichstagsbeschlüsse bestimmt. Das mußte die Führer wider machen und in der Wählerkreise den Gefühl der Unzufriedenheit auslösen. Es ist notwendig, an diese Zustände zu erinnern, um einmal klarzustellen, wozu die fünf Monaten seit erörterter Krise der Deutschnationalen eigentlich befehligt.

Nachdem für die Partei die Bindungen der Koalition gefallen waren, konnten die Elemente die Oberhand gewinnen, die glauben, auch ohne eine praktische Mitarbeit im Parlament ankommen zu können. Die Träger dieser Richtung stammten aus der Parteioffiziersorganisation im Lande. Es haben nicht den aus der Kenntnis der parlamentarischen Möglichkeiten und Erfordernisse gewonnenen Überdosis. Im Gegenteil: sie führten ihren Angriff ja gerade gegen den nach ihrer Ansicht vernünftigen Sinn, den das Parlament auf die Fraktionsführer ausgeübt hat. — So liegt die Mehrheit aus, die Hugenberg genehmigt hat. Zufällig ergibt sich das Bild, das die Unzufriedenheit mit der Fraktion in einer Neuauflage des Parteivertrages Ausdruck findet, ohne daß sich in der Fraktionsführung etwas ändert. Die Wähler bei ihr ein Aufmarsch zweier Fronten vollzogen hat. Die Zukunft wird uns zeigen, ob die zur unbedingten Opposition über die zur Mitarbeit entschlossene Gruppe einigigt ist.

Von den Gegnern der Partei ist bereits die unterschiedliche Einstellung der Parteiführung und Fraktionsführung als untragbar bezeichnet worden. Es sei auf die Dauer unmöglich, daß die Fraktion im Reichstag eine Politik praktischer Mitarbeit treibe — auf diese Mitarbeit kann die Partei auch außerhalb der Koalition nicht verzichten —, während gleichzeitig die Parteioffiziersorganisation draußen im Lande gegen den Staat agitiere. Ganz abgesehen davon, daß manche Parteien gegenüber einer Kritik an der Weimarer Verfassung eine fast hysterische Empfindlichkeit zeigen — die Einstimmigkeit zwischen Partei und

Poincaré will diktieren?

Frankreichs Reparations-Sachverständige sollen feste Instruktionen erhalten.

Paris, 2. November. „Antankage“ berichtet, daß ein großer Teil des heutigen Ministerrats der Diskussion über die Revision des Dawesplans und der politischen Probleme gegolten habe, die durch die Zusammenkunft des Sachverständigenausschusses und der Festlegung des Gesamtbeitrages der deutschen Schuld aufgeworfen werden. Minister des Auswärtigen, Briand, habe verschiedentlich in die Debatte eingegriffen. Als Journalisten nach dem Ministerrat Poincaré befragten, ob er Pariser Willen gesehen habe, habe er geantwortet: „Selbstverständlich, ich habe ihn sehr oft gesehen und werde ihn auch wieder sehen.“

Eine Pariser Agentur will wissen, daß Poincaré nunmehr entschlossen sei, Sachverständige zu ernennen, die nicht unter dem Namen ausgearbeitet werden. Allerdings will man darauf hin, daß bei aller Unabhängigkeit, die den französischen Sachverständigen zugestanden werden könne, sie genaue Instruktionen über die Grenzen erhalten würden, innerhalb denen sie sich über den endgültigen Betrag der deutschen Reparationssumme äußern können.

Fraktion ist auch in anderen Lagern nicht immer so einwändig und sicher, wie man es hier fordern will. Der Unterschied ist nur der, daß eine gescheiterte und seltene Führung die Differenzen nicht vor aller Öffentlichkeit austragen läßt.

Die Führerschaft konnte durch die Wahl Hugenberg nicht gelöst werden, denn das System blieb unverändert. Noch weniger ist aber die Krise mit einem Nichttritt der Fraktionsführer zu lösen. Die drei Führer der Fraktion, Weizsäcker, Oberfohren und Lindenberg, sind auf vier Jahre gewählt. Ihr Nichttritt zugunsten der Hugenberg-Gruppe wäre eine freiwillige Kapitulanz. Sie würde dem Sinn der auf vier Jahre erfolgten Wahl — nämlich eine Stetigkeit der Politik zu gewährleisten — hinwürgen. Der Nichttritt würde zwangsläufig zu einer latenten Parteikrise führen. Die von Hugenberg zu erwartende schärfste Opposition mag im Lande die nötige Resonanz finden. In der Fraktion, wo die sachliche Arbeit zu leisten ist, wo die politischen Kräfte überhaupt erst praktisch zur Ausübung kommen, wird sich auf Widerstände stoßen. Die Mehrheitserhältnisse haben sich aber, nachdem die Landesverbandsführer wieder nach Hause gegangen sind, erheblich verschoben. Es liegt dabei auch außerhalb des Spieles, als daß man annehmen könnte, daß die bei der Führernachfolge unterlegene Minderheit einfach verzichtet und einer völligen Hinkriegung der Partei tatenlos zuseht.

Weber die Landwirtschaft noch alle anderen in der Partei vertretenen Stände werden darauf verzichtet können, daß die Vertretung ihrer Interessen durch eine unabhängige Opposition illusorisch gemacht wird. Auch die Republik braucht den unmittelbaren Einfluß konservativen Geistes, um zu verhindern, daß an den Grundfesten des Staates, der Weisheit und der Justiz, gefährlich herumexperimentiert wird. Die Politik, die einmal die anderen abwirtschaften zu lassen und dann selbst als Retter aufzutreten, sollte man dorthin verweisen, wo sie hingehört ist — an den Reichstag. Die Minorität vom 20. Oktober wird in der Partei um ihre Position kämpfen müssen, um die Position der Partei überhaupt zu erhalten.

Stellungskampf in der Eisenindustrie.

Die Antwort der Arbeitgeber an den Reichsarbeitsminister.

Düsseldorf, 2. November.

Reichsarbeitsminister antwortet auf die Begründung des Reichsarbeitsministeriums zur Beweisklageerklärung des Schlichtungsrichters mit folgenden Darlegungen:

Dem Arbeitsvertrag ist am 2. November die Bestätigung der Verbindlichkeitsklärung beigefügt. Der Vorstand von Arbeitsvertrag nahm in seiner heutigen Sitzung hierzu wie folgt Stellung: Die wirtschaftliche Lage in der Eisenindustrie ist durch die allgemeinen Bemessungen abgesehen, obwohl es sich in dem Lohnstreit in erster Linie um eine gezielte wirtschaftliche Frage von ausgleichender Bedeutung handelt. Die wirtschaftlichen Fragen haben in mehr als hundert Tagen Verhandlungen vor dem Schlichtungsrichters im Reichsarbeitsministerium abgesehen, obwohl es sich in dem Lohnstreit in erster Linie um eine gezielte wirtschaftliche Frage von ausgleichender Bedeutung handelt. Die wirtschaftlichen Fragen haben in mehr als hundert Tagen Verhandlungen vor dem Schlichtungsrichters im Reichsarbeitsministerium abgesehen, obwohl es sich in dem Lohnstreit in erster Linie um eine gezielte wirtschaftliche Frage von ausgleichender Bedeutung handelt.

Die bei der Presse seitens eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums abgegebenen Erklärungen vermögen diesem Mangel nicht abzuwehren. Auch sie gehen an den Streitfragen völlig vorbei. Die härteste schwerste Lage der Eisen verarbeitenden Industrie mit ihren hunderttausend Arbeitnehmern, die in jeder Weise der Verhandlung von allen Seiten anerkannt wurde, ist in der Begründung des Ministeriums mit keinem Wort erwähnt worden. Damit geht man bewußt oder unbewußt an dem Punkt, der, wie der ganze Gang der Verhandlungen gezeigt hat, dem Ministerium am unangenehmsten ist, vollständig vorbei: der unbilligen Tatsache, daß die wichtiger werdende Industrie im Augen und Augenblick, nach es sich um Reichsindustriellen, Eisenindustriellen handelt, schon jetzt in einer derzeit verzeihlichen wirtschaftlichen Lage ist, daß sie

Weder eine Lohnverhöhung noch eine Erhöhung des Preisniveaus zu tragen instand ist. Dieser Ausgangspunkt des Problems bleibt somit das Haupt unbedingte.

Für die Eisen schaffende Industrie wird die Rückzahlung der Erbschaftsteuer von dem Ministerium nicht bestritten. Die Berücksichtigung der Lage wird nur in Bezug auf Erbe in gewissem Sinne anerkannt. Auf die zahlreichen übrigen Erbschaftsteuerleistungen, die Erhöhung der Umwandlungslohn, Vorratshaltung, häufig gestiegene Sozialkosten, Erhöhung der Grundsteuer usw., sind selbst die Erbschaftsteuer zum größten Teil anerkannt wurden, wird in keiner Weise eingeworfen. Mit der gegenwärtigen Lage der Werke hat also das Reichsarbeitsministerium die Lohnverhöhung nicht begründet können. Es verweist vielmehr auf die zukünftigen Beiträge der Nationalisierung. Diese Begründung reicht auf sich selbst hinaus. Wieder hat die Nationalisierung den Werken in erster Linie hart erhöhte Anlasten gebracht, während die Erträge durch diese Anlasten in Verbindung mit den häufigen Lohnveränderungen und Arbeitszeiterhöhungen sich stetig verminderten. Anfolgendes sind

Die Schritte der Nationalisierung lediglich den Arbeitern, nicht aber den mehr und mehr verschuldeten Werken zugunsten. Nach der bisherigen Entwicklung kann also der vom Reichsarbeitsministerium gegebene Wechsel auf Zukunft keine lebensfähige und wirtschaftliche Begründung für die ausgeprochenen Lohnverhöhung sein.

Von einer solchen Lage der Arbeiterschaft im Jahre 1928 kann den tatsächlichen Verhältnissen nicht gesprochen werden. Die Monatsverdienste für die Durchschnitt der Belegschaft einschließlich der Jugendlichen sind beispielsweise bei einem großen Dütenkonzern im August 1928 auf 231 M. gestiegen, obwohl die Arbeitszeit in den Gütereinheiten stark vergrößert wurde und die Produktionsleistung pro Kopf fast verdoppelt. Im übrigen sind seit Anfang 1927 die Löhne um 11 Prozent herabgesetzt worden, die tatsächlichen Verhältnisse jedoch gleichzeitig um 15 bis 18 Prozent gestiegen. Österg soll nun bereits nach weiteren 3/4 Jahren eine weitere

Umschwung in Rumänien.

Der Regenschattler verlangt Rücktritt des Bratianu-Kabinetts.

EP Bukarest, 2. November. In der innerpolitischen Lage ist heute eine unerwartete Wendung eingetreten. Der Regenschattler hat heute nachmittag dem Ministerpräsidenten Bratianu mitgeteilt, daß die gegenwärtige Regierung nur vor dem 1. Dezember über die Demission einreichen und einer Konzentrationsregierung Platz machen müsse. Der Regenschattler soll fest entschlossen sein, darauf hinzuwirken, daß an der jährlichen Jubiläumfeier der Einweihung Siebenbürgens am 1. Dezember sämtliche politische Parteien teilnehmen, was nur dann der Fall sein kann, wenn die bisherige nationale Bauernpartei der Eintritt in die Regierung ermöglicht wird.

Ministerpräsident Bratianu erklärte, daß die gegenwärtige Regierung nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß die Stabilisierungsebene abschiebe, die Durchführung der Stabilisierung jedoch einer anderen Regierung überlassen werde. Wenn der Regenschattler der Meinung sei, daß eine andere Regierung bessere Garantien für die Zukunft des Landes bieten, so sei die Regierung bereit, sofort, ebenfalls aber vor der Unterzeichnung der Stabilisierungsankträge, zu demissionieren. Der Regenschattler wird seine Antwort auf diese Erklärung Bratianu morgen vormittag 11 Uhr erteilen.



Burgess Grün
Deutsche Atmosphäre

Felix Graf Ludowig: „Von 2300 Kisten Champagne sprangen 7% in den Tropen. Uns sind in bitterster Not auf der Insel Mopelia, der letzten deutschen Kolonie, nach Strandung meines Seeadlers geblieben die letzten 24 Flaschen „Burgess Grün“ Keine ist gesprungen, sie geben uns wieder Deutsche Atmosphäre in die Hand!“